

Sitzungsniederschrift

6. Sitzung des Ausschusses für Migration und Integration

Sitzungsort: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7-13, Raum 1.106, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 20.01.2016	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:28 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Altmann, Gila	GRÜNE	
Behrends, Kuno	SPD	Vertreter für Hans Forster
Carow, Johanne	FW	
Frerichs, Theo	CDU	Vertreter für Roelf Odens
Kleen, Barbara	SPD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Sell, Erwin	SPD	
Sievers, Wolfgang	FDP	
Wolters, Hayo	CDU	
Beratende Mitglieder		
Brönstrup, Elke		
Eggert, Burghard		
Holling, Claudia		
Tobiassen, Bernd		
Christoffers, Dieter		
Davids, Korwin		
Gronewold, Heinz		
Martens, Frank		

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden durch die **Vorsitzende Kleinert** festgestellt.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Die **Vorsitzende Kleinert** schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 8 (Bericht über unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) mit dem Tagesordnungspunkt 6 (Sachstand zur Flüchtlingsunterbringung im Landkreis Aurich) zu tauschen. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.12.2015**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 17. Dezember 2015 wird mit zwei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Wortmeldungen während der Einwohnerfragestunde.

TOP 6 **Bericht über unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Herr Rinschede, Haus Nazareth)**

Herr Homann vom Jugendamt erklärt, dass der Gesetzgeber die Zuständigkeit von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen im September 2015 abschließend geregelt hat. Seitdem ist das Jugendamt für unbegleitete Minderjährige vollumfänglich zuständig.

Ankunft von **Herrn Bernd Tobiassen** um 15:01 Uhr

Der Landkreis Aurich muss aufgrund dieses Gesetzes 2,4 % der unbegleiteten Minderjährigen aufnehmen. Das entsprach vor zwei Monaten 72 Personen. Diese Zahl hat sich mittlerweile auf 112 Personen erhöht. Aus diesem Grund hat das Jugendamt mit den freien Trägern der Jugendhilfe einen Verbund gegründet, um die unbegleiteten Minderjährigen unterzubringen und zu versorgen. Seit dem 01.11.2015 wurden bisher 157 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge betreut. Zwischendurch sind jedoch 39 Personen abgewandert (Familienzusammenführungen u. a.). Es werden folglich derzeit 118 Personen betreut.

Ankunft der **Abgeordneten Albers** um 15:04 Uhr



Herr Homann erklärt, dass aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen 8,5 weitere Stellen im Amt 51 besetzt werden sollen. Es wurden sieben neue Betreuungsgruppen bei den freien Trägern eingerichtet. Er zeigt auf, dass es schwierig sei, qualifiziertes Personal zu akquirieren. Neben der Betreuung und Versorgung ist zusätzliches Personal für die Verwaltung erforderlich, insbesondere für die Abrechnung und Erfassung der Jugendlichen.

Herr Homann führt aus, dass die Betreuungen durch die Sprachbarrieren kompliziert seien. Hierzu sind Sprachmittler unbedingt mit einzubinden. Bei Ankunft der Jugendlichen wird zunächst der Gesundheitszustand geprüft, anschließend erfolge dann die Familienzusammenführung, nicht nur innerhalb der Bundesrepublik Deutschlands, sondern auch in andere Länder, wie z. B. Schweden, Dänemark, Belgien etc. Die Zuweisung der Jugendlichen erfolgt nicht direkt von der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB), sondern über das Landesjugendamt.

Herr Rinschede vom Haus Nazareth stellt sich vor und berichtet, dass von dort seit 1982 Unterkünfte für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bereitgehalten würden. Außerdem sei das Haus Nazareth bereits seit 1992 eine Erstaufnahmestelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Rahmen eines Pilotprojektes. Von 1982 bis zum 01.11.2015 wurden insgesamt 112 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge dort untergebracht (hiervon 61 Personen vom Landkreis Aurich). In den letzten drei Monaten wurden weitere 120 Kinder aufgenommen. Das Land Niedersachsen müsse derzeit über 4.600 unbegleitete Minderjährige aufnehmen. Es würden jedoch aktuell lediglich etwa 3.600 Personen untergebracht sein. Aufgrund der Sprachbarrieren habe das Haus Nazareth bereits seit Jahren eine gute Infrastruktur von Sprachmittlern aufgebaut. Hier werden auch Personen mit einbezogen, die ehemals im Haus Nazareth untergebracht worden sind.

Der **Abgeordnete Behrends** fragt, wie lange die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in der Betreuungseinrichtung bleiben würden. Er möchte wissen, ob die Personen in Familien integriert werden.

Herr Homann antwortet, dass die Personen nicht länger als drei Monate in Obhut genommen werden sollten. Wenn klar würde, dass der Jugendliche im Landkreis Aurich bleiben wolle, sollte ein großer Teil in Gastfamilien untergebracht werden. Das sei jedoch nicht immer möglich; hierzu würde bereits im Clearing-Verfahren abgeklärt werden, ob es Integrationsprobleme geben könnte.

Abgeordneter Frerichs fragt, ob die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die weiterreisen wollen finanziell gut aufgestellt seien. **Herr Rinschede** erklärt, dass die Personen untertauchen würden. Es gebe kaum eine Möglichkeit, die Jugendlichen wiederzufinden, zumal es sich bei der Einrichtung nicht um eine geschlossene Einrichtung handele. Sofern jedoch eine Person nicht wieder erscheinen würde, erfolge eine Vermisstenanzeige bei der Polizei.

Die **Vorsitzende Kleinert** bedankt sich für die Vorträge.

TOP 7

Sachstand zur Flüchtlingsunterbringung im Landkreis Aurich

Herr Christoffers berichtet, dass im Jahr 2015 insgesamt 1520 Personen untergebracht wurden. Im Dezember wurden 286 Personen untergebracht. Bis zum



31.03.2016 müssen noch 1.208 Personen aufgenommen werden. Die Landesaufnahmebehörde Bramsche hat heute erneut gefordert, dass ab der 4. KW 109 Personen wöchentlich aufgenommen werden. Hierfür sind nicht mehr ausreichende Wohnungen vorhanden.

Erster Kreisrat Dr. Puchert ergänzt, dass Menschen zugewiesen werden, obwohl in der LAB bekannt ist, dass die dezentrale Unterbringung nicht mehr möglich ist. Aus diesem Grund wird wohl auch auf Notunterkünfte zurückgegriffen werden müssen. Das Land Niedersachsen beabsichtigt, die "Notaufnahmeeinrichtungen" teilweise zurückzunehmen. Überlegt werden muss, ob die Objekte Utlandshörn, Pewsum und Moordorf gegebenenfalls als Notunterkünfte für zugewiesene Personen genutzt werden können. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** informierte den Ausschuss weiter darüber, dass es innerhalb der Notaufnahmeeinrichtungen kaum Probleme gab, obgleich insgesamt etwa 1.500 Personen aufgenommen worden sind.

Herr Christoffers erläutert, dass 1875 Flüchtlinge betreut werden. Er wünscht sich nochmals einen Appell über die Presse, damit weitere Wohnungen angeboten und der KVHS zwecks Überprüfung genannt werden.

Die **Vorsitzende Kleinert** fragt, wie mit zu hohen Mietanforderungen umgegangen werde. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** erläutert, dass hierüber mit Vernunftentscheidungen reagiert wird.

Abgeordnete Albers möchte wissen, ob Wohnungen von Wohnungsbaugesellschaften auch angemietet würden. **Herr Christoffers** erklärt, dass der Landkreis Aurich einer der Hauptmieter von Wohnungsbaugesellschaften sei, insbesondere auch in der Stadt Norden.

Die Abgeordnete Seelgen fragt, wie denn verfahren wird, wenn Wohnungen zu teuer sind. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** erklärt, dass zu teure Wohnungen nicht angemietet werden. **Herr Wilts** führt aus, dass zusätzlich noch ein weiterer Mitarbeiter eingespannt wird, um zusätzliche Wohnungen anzumieten. Die KVHS wurde mittlerweile berechtigt, Mietverträge für den Landkreis Aurich abzuschließen.

TOP 8 **Vorstellung der Notaufnahmeeinrichtung Moordorf (Herr Steinhorst)**

Herr Wilfried Steinhorst, Leiter Camp Moordorf, stellt sich vor. Das Camp umfasst zwei Gebäudeteile. In der alten Waldorfschule ist ein Bettenhaus eingerichtet worden (13 Klassenräume mit vier bis 13 Betten). In dem anderen Gebäude sind Aufenthaltsräume, eine Küche und die Verwaltung untergebracht. Die Verpflegung erfolgt über einen Caterer. In den Räumlichkeiten des Schulgebäudes sind keine Duschen vorhanden. Vor der Schule sind Dusch- und WC-Container vorhanden. Es soll hierzu ein überdachter Weg geschaffen werden. Die Einrichtung hat in der direkten Nachbarschaft eine Förderschule für geistig Behinderte. Zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Einrichtung haben die Lehrkräfte und Schüler Fußbälle bereitgestellt. Auch wurden bereits im Hauswirtschaftsunterricht Plätzchen gemeinsam mit den Flüchtlingen gebacken. Es erfolgt eine „Rund um die Uhr Betreuung“. Problematisch ist der Sprachbereich „Farsi“, da nicht genügend Dolmetscher vorhanden sind. **Herr Steinhorst** erklärt, dass die Bewohner sich sehr einbringen, insbesondere beim Übersetzen

oder bei der Essensausgabe. Seit Anfang Januar 2016 wird Deutschunterricht angeboten. Hierzu hat sich ein Flüchtling bereit erklärt, da er mittlerweile ganz gut Deutsch sprechen würde. Angefangen hat der Unterricht mit Kindern. Mittlerweile nehmen auch Erwachsene am Sprachunterricht teil. Es gibt eine Gruppe von Ehrenamtlichen, die ein Spielzimmer eingerichtet hat. Es wird u.a. Sport angeboten.

Die **Abgeordnete Albers** fragt, wie die Ehrenamtlichen das Gelände betreten können. **Herr Steinhorst** erläutert, dass die Ehrenamtlichen sich beim Sicherheitsdienst anmelden müssten. In Absprache mit der Camp-Leitung wird dann der Einlass gewährt.

TOP 9 **Integrationsarbeit im Landkreis Aurich nach dem Handlungskonzept (Bericht der Kreisvolkshochschulen)**

Frau Brigitte Germann, Koordinatorin für das Flüchtlingsprogramm der KVHS erklärt, dass die Erstbegleitung und Erstbefragung der eingereisten Flüchtlinge mit vier Mitarbeitern erfolgt. Hierzu wurde ein Fragebogen entworfen. Sie erklärt, dass in diesem Fragebogen erfragt wird, wie der Familienstand ist, ob ein Beruf vorhanden ist, ob ein Schulabschluss vorhanden ist usw.

Weiterhin wird die Wohnbegleitung durch die Mitarbeiter durchgeführt. Hierzu wird der Wohnungsstandard überprüft. Es erfolgt eine Protokollierung, damit das Sozialamt weiteren Maßnahmen einleiten kann. Bei Bedarf werden den Flüchtlingen auch die Regeln in den Unterkünften erklärt. Hierzu zählt u.a. auch die Mülltrennung. Zusätzlich werden die alltäglichen Dinge des Lebens erläutert (Toilettenbenutzung u. ä.). Hierbei erfolgt stets eine Unterstützung durch den Flüchtlingshilfe Aurich e. V.. **Frau Germann** erklärt, dass das Netzwerk „NETBAM“ bereits vier Mal durchgeführt wurde. Ebenfalls werden seit kurzen auch Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge angeboten. Hierzu wurden 23 Flüchtlinge angeschrieben, die freiwillig in 1-Euro-Jobs integriert werden könnten.

Die Wohnungsakquise gestaltet sich nach Auskunft von **Frau Germann** schwierig. Zwischen dem 01. und dem 20. Januar 2016 wurden insgesamt 20 Wohnungen gemeldet und gesichtet. Bei 10 Wohnungen wurden die Vertragsverhandlungen aufgenommen. Bei circa 40-50 % der angebotenen Wohnungen kommt es zu Vertragsunterzeichnungen. Sollten weiterhin so viele Wohnungen angeboten werden, könnten monatlich 63 Wohnungen angemietet werden. Im letzten Jahr wurden etwa 200 Personen untergebracht.

Ab dem 01.03.2016 wird ein neuer Kurs angeboten (MOAK). Das Programm "Perspektive für junge Flüchtlinge und Migranten" von der Bundesagentur für Arbeit soll ebenfalls implementiert werden. Frisch bewilligt wurde eine Fortbildung von Integrationslotsen. Das sind Ehrenamtliche, die die Flüchtlinge begleiten. Hierzu sind jedoch Schulungen notwendig. Es wurde ein runder Tisch zwischen den Ehrenamtlichen und der Gemeinde Südbrookmerland gegründet (Anlage 1)

Herr Bullwinkel erklärt, dass die KVHSen dezentrale und zentrale Sprachkurse durchführen. Wichtig sei jedoch auch, dass die Personen aus entlegenen Gegenden auch in der Stadt Norden geschult werden. Es wäre wünschenswert, wenn mehr Flüchtlinge auf engerem Raum qualifiziert werden könnten. Es sollte eine Kompetenzfeststellung und Sprachunterricht erfolgen, damit alsbald eine berufliche Integration erfolgen

kann. Hierzu werden die Gemeinden mit involviert. Der Kontakt zwischen den Flüchtlingshilfen und der KVHS, insbesondere in Utlandshörn und Pewsum sei inzwischen sehr gut. Die KVHSen geben auch schon Kurse für Ehrenamtliche (Hilfen für Helfer). Viele Personen sind der lateinischen Schrift nicht mächtig. Hierzu sei Unterricht in Kleingruppen erforderlich.

Herr Dambrowski erklärt, dass er für das Projekt "NETBAM" zuständig sei. Dieses Programm wird durch das Jobcenter gefördert. In den Kursen sind 89 Personen gewesen. Die Förderung der ersten Personen erfolgte durch das Jobcenter. Die letzten Kurse wurden durch das Sozialamt gefördert. Sie dauern in der Regel circa vier Wochen. 56 % von den 89 Personen wurden in Sprachkurse vermittelt. 12 % wurden in Praktika vermittelt. 18 % wurden in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis vermittelt, insbesondere in die Gastronomie. 14 % wurden nicht vermittelt, weil die Personen krank sind oder evtl. umziehen wollten. Aus diesen Kursen wurden sechs Personen als Sprachmittler in den Bundesfreiwilligendienst integriert. 50 % der Teilnehmer haben keine Ausbildung, jedoch Berufe in ihren Heimatländern ausgeübt. Berufserfahrung liegt also in der Regel vor. Ca. 25 % haben bereits eine Ausbildung genossen, hierzu sind jedoch oftmals keine Dokumente vorhanden. Herr Bullwinkel ergänzt, dass aus diesen Kompetenzfeststellungen sieben Personen mit Flüchtlingshintergrund in den Bundesfreiwilligendienst übernommen wurden. Er stellt heraus, dass dies in Deutschland und in den Niederlanden selten sei, da hierzu bereits mehrere Fernseher Anfragen gestellt hätten.

TOP 10 **Wohnraumbeschaffung für Flüchtlinge/Migranten**

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärt, dass der Landkreis Aurich ohne die KVHSen nicht so aufgestellt sein würde. Auch im Bereich Wohnungsakquise wird nicht nur das Sozialamt unterstützt, sondern durch diese auch selbständig Mietverträge abgeschlossen. Auch die Gemeinden sind bevollmächtigt, Mietverträge für den Landkreis Aurich zu unterzeichnen. Ohne die Unterstützung durch die Gemeinden und die KVHSen sei die Kreisverwaltung vermutlich nicht in der Lage gewesen, bereits so viele Menschen unterzubringen. Er wies jedoch ausdrücklich darauf hin, dass die Quoten auch weiterhin erhöht werden würden. Die Kreisverwaltung wird auch bei entspannter Wohnungslage im ländlichen Raum an Grenzen stoßen. Auch die Gemeinden bereiten sich vor, die Restpotentiale an Wohnraum anzumieten/anzukaufen. Inzwischen ist den Gemeinden auch bewusst, dass Wohnraum geschaffen werden muss. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** erklärt ausdrücklich, dass wenn wir 2016 überstehen, auch 2017 weitere Personen untergebracht werden müssen. Der soziale Wohnungsbau ist zwingend erforderlich, insbesondere mit dem Hauptaugenmerk auf Flüchtlinge. Das Bauamt hat ein Kataster von Baulücken für den sozialen Wohnungsbau erstellt. Es bestehe auch die Möglichkeit, zusätzliche Baugebiete für den sozialen Wohnungsbau auszuweisen. Hierzu muss jedoch darauf geachtet werden, dass keine Ghettos gebildet werden. Der Status bei den Gemeinden ist sehr unterschiedlich.

Abgeordnete Kleen verlässt um 17:04 die Sitzung

Der Erste Kreisrat Dr. Puchert führt aus, dass der Landkreis die Gesellschaft Telematikzentrum Norden GmbH (TMZ) mit einbeziehen könne. Der Kreisausschuss soll beraten, ob die Gesellschaft einen weiteren Gesellschaftszweig aufnehmen soll (Sozialer

Wohnungsbau, Unterbringung von Flüchtlingen). Am 28.01.2016 wird hierzu ein erster konkreter Vorschlag im Kreisausschuss erfolgen.

Abgeordnete Albers erklärt, dass die Übertragung an die TMZ kritisch zu sehen sei.

Abgeordneter Behrends erklärt, dass er sich wünscht, dass die Gemeinde Großheide die Übertragung an die TMZ begrüßt.

Die **Vorsitzende Kleinert** bedankt sich ausdrücklich noch einmal bei den KVHSen der Kreisverwaltung.

TOP 11 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Abgeordneter Wolters fragt, wie viele Personen in sichere Herkunftsländer zurückgeführt werden. **Herr Gronewold** erklärt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über die Asylanträge entscheidet. Aufgrund der aktuellen Situation gibt es hohe Bearbeitungsrückstände beim BAMF. Sofern über das Asylbegehren negativ entschieden wurde, wird die Frage der Ausweisung und Rückführung geklärt. Die Abschiebungen und Rückführungen gestalten sich nicht einfach. Es muss zunächst die Identität und Herkunft vollständig geklärt werden. Weiterhin gibt es noch weitere Hinderungsgründe, insbesondere Krankheiten etc.

Der Erste Kreisrat Dr. Puchert erklärt ausdrücklich, dass das Asylrecht nicht limitierbar ist. Er erklärt ausdrücklich, dass die Abschiebung ohne Pässe nicht auf legalem Weg möglich ist. Die Zahl der Duldungsgründe ist sehr groß. Eine Beschleunigung der Verfahren ist trotz aller politischen Forderungen nicht möglich. Die einzige Möglichkeit ist es, Entscheidungen über Außengrenzen zu treffen.

Herr Tobiassen erklärt, dass bei der Diskussion über Abschiebungen kaum über freiwillige Rückreisen gesprochen wird. Die Zahl der freiwilligen Ausreisen sei wesentlich höher als die der Abschiebungen.

Herr Tobiassen weist nochmals auf die Einladung im Haus E der KVHS Aurich für die Büros der Flüchtlingshilfe Aurich e. V. hin.

Abgeordnete Albers fragt, wie die Einlasssituation in Utlandshörn sei. **Herr Bullwinkel** antwortet, dass Flüchtlingshelfer, die nicht regelmäßig vor Ort sind, sich anmelden. Anschließend wird dann ein Besucherausweis ausgestellt.

Weiterhin fragt die **Abgeordnete Albers**, was mit den acht irakischen Personen passiert sei. **Herr Gronewold** erklärt, dass die Personen aufgrund fehlender Quarantäneplätze eine Weiterleitung zum nächstmöglichen Krankenhaus erfolgt ist.

Herr Willts berichtet, dass der Bau des Flüchtlingsinternats bei der KVHS in Aurich begonnen hat. Die ersten beiden Gebäude werden im Februar 2016 bereits gerichtet. Betriebsfertig sollen die Gebäude bereits Anfang Mai 2016 sein.

TOP 12 **Einwohnerfragestunde**

Frau Carmen Beyer bittet um Auskunft, ob alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge im Haus Nazareth untergebracht werden. Der **Erste Kreisrat Dr. Puchert** erklärt, dass die UMF im Trägerverbund untergebracht werden (KVHSen, IFI in Emden, Haus Nazareth u. a.). Die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ist ohne geeignetes Personal nicht möglich. **Frau Beyer** möchte weiterhin wissen, ob die Personen in den Unterkünften verbleiben möchten oder ob die Personen auch in Familien untergebracht werden könnten. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** erklärt, dass hierzu bereits öffentliche Aufrufe erfolgt sind. Hierzu ist jedoch wichtig, dass die Minderjährigen in der Lage sind, sich in Familien einzufinden.

Die Abgeordnete Albers verlässt die Sitzung um 17:28 Uhr

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärt, dass etwa 20 Familien bereit sind, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen. Dies ist jedoch erst nach Abschluss des Clearingverfahrens durch das Jugendamt möglich.

TOP 13 **Schließung der Sitzung**

Die **Vorsitzende Kleinert** schließt die Sitzung um 17:32 Uhr.

gez. Ingeborg Kleinert
Vorsitzende

gez. Korwin Davids
Protokollführer